

Presseinformation, 08. September 2017

Geschäftsstelle:
Röpkestraße 12
30173 Hannover

Plakatives Wahlkampfmanöver – Zuzugssperre für Flüchtlinge ist integrationshemmend und diskriminierend

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen protestiert gegen die heutige Entscheidung der niedersächsischen Staatskanzlei, für Flüchtlinge eine Zuzugssperre nach Salzgitter zu verhängen und eine solche für Delmenhorst und Wilhelmshaven in Aussicht zu stellen.

Laura Müller
lm@nds-fluerat.org

Sascha Schießl
sas@nds-fluerat.org

Tel: 0511 – 85 64 54 59
Fax: 0511 – 98 24 60 31

„Bei der Zuzugssperre handelt es sich um den bedenklichen Versuch, eine Bevölkerungsgruppe anhand fragwürdiger, rassistischer Kategorien zu reglementieren,“ erläutert Laura Müller von Flüchtlingsrat. „Diese Zuzugssperre suggeriert, dass Flüchtlinge allein aufgrund ihrer Herkunft und ihres Status eine Belastung oder gar eine Gefahr für den sozialen Frieden seien.“ Eine solche Annahme weist der Flüchtlingsrat entschieden zurück. Die Vorstellung von anerkannten Flüchtlingen als homogener Gruppe, die es zu beschränken gilt, und das Denken in „Kulturkreisen“ ist nicht haltbar und widerspricht allen Erkenntnissen von Wohlfahrtsverbänden, Flüchtlingsräten und Wissenschaft. Mit dem heutigen Beschluss entfernt sich der Ministerpräsident von einer humanitären und maßvollen Flüchtlingspolitik.

Der Flüchtlingsrat betont, dass Zuzugssperren oder Wohnsitzauflagen keine geeigneten Mittel sind, um die Integration und Teilhabe von Geflüchteten zu erleichtern. Zuzugssperren und Wohnsitzauflagen schränken nicht nur Freiheitsrechte in unverhältnismäßiger Weise ein und führen zu Frustration bei Geflüchteten, sondern bedeuten zugleich einen erheblichen Verwaltungsaufwand für die ausführenden und kontrollierenden Behörden.

Integration und Teilhabe von Geflüchteten werden durch Maßnahmen wie diese gerade nicht gefördert, sondern deutlich erschwert. Flüchtlinge ziehen vermehrt nach Salzgitter und in andere Städte, weil sie dort eigenen Wohnraum finden, einen leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt erkennen und auf soziale Netze der Unterstützung zählen können. Diese selbständige Gestaltung ihres Lebensumfeldes ist der beste Beleg für eine fortschreitende Integration von Geflüchteten und daher ausdrücklich zu begrüßen.

Dass sich Salzgitter, Delmenhorst und Wilhelmshaven der Herausforderung gegenüber sehen, die Neuzugezogenen in die lokale Gesellschaft zu integrieren, ist verständlich. Die aus diesem Umstand resultierenden Maßnahmen müssen aber andere sein. Dort, wo viele Geflüchtete leben, müssen – unabhängig vom jeweiligen Aufenthaltsstatus – die vorhandenen finanziellen Mittel eingesetzt werden, um Kindergartenplätze zu schaffen, Beratungsstellen besser auszustatten, Stellen für Sozialarbeiter_innen einzurichten, Vereine und Initiativen bei ihrer Integrationsarbeit zu unterstützen und Projekte der Quartiers- und Gemeinwesenarbeit zu fördern.

Vor diesem Hintergrund begrüßt der Flüchtlingsrat, dass das Land zusätzliche Mittel bereitstellt, um die Integrationsarbeit der Kommunen zu unterstützen. Plakative Scheininstrumente wie Wohnsitzauflagen und Zuzugssperren sind dagegen allein dem Wahlkampf geschuldet und einer sozialdemokratisch geführten Regierung unwürdig. Es scheint, als wolle Ministerpräsident Weil schon jetzt die Weichen für eine Große Koalition auf Landesebene stellen.

Hintergrund

Ministerpräsident Weil hat heute ein Soforthilfeprogramm vorgestellt zur Unterstützung der Städte Salzgitter, Delmenhorst und Wilhelmshaven. Neben einem Integrationsfonds zur Soforthilfe in den drei Städten im Umfang von insgesamt 20 Mio. EUR in zwei Jahren zur Stärkung der lokalen Integrationsarbeit umfasst dieses auch eine Zuzugssperre für anerkannte Flüchtlinge nach Salzgitter. Anerkannten Flüchtlingen, die bisher ihren Wohnsitz innerhalb Niedersachsens frei wählen können, soll zukünftig nicht mehr erlaubt werden, nach Salzgitter umzuziehen. Eine Ausweitung einer solchen Auflage auch auf die Städte Delmenhorst und Wilhelmshaven wird vom zuständigen Innenministerium geprüft.